

# Wilsdruffer Tageblatt



Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint am 11. Mai 1935. Preis: 10 Pf. (1000 Stück 10 RM).  
Verleger: Wilsdruffer Tageblatt-Verlag, Wilsdruff. Druck: Wilsdruffer Druckerei, Wilsdruff.  
Telefon: 1111. Postfach: 2640. Abonnementpreis: 100 Pf. (1000 Stück 10 RM).  
Redaktion: Wilsdruff. Druck: Wilsdruff. Telephon: 1111. Postfach: 2640.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißel, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 109 — 94. Jahrgang      Telegr.-Adr.: 'Tageblatt'      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Sonnabend, den 11. Mai 1935

## Kampf um Ausfuhr.

Die Einrichtung der Ausgleichsklassen — Ausfuhrhindernisse — Die Breslauer Südoftausstellung — Politit gegen Wirtschaft — Währungschaos.

Nach wie vor hält die gesunde Aufwärtsentwicklung auf dem deutschen Inlandsmarkt an. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind von Erfolg begleitet, die Arbeitslosenquote ist auf 2,1 Millionen zurückgegangen. Der Einzelhandel weist gegenüber dem Vorjahr eine 14- bis 15prozentige Steigerung auf. Die Sparassentulagen haben die 13-Milliarden-Grenze überschritten. Dagegen ist die Ausfuhr immer noch das Sorgenkind der deutschen Wirtschaft. Und doch kämpft zur Zeit gerade wohl der Außenhandel auf dem wichtigsten Frontabschnitt der deutschen Wirtschaft. Wir brauchen ihn und vor allem eine ausgeweitete Ausfuhr als notwendige Ergänzung unserer Volkswirtschaft.

Von der Entwicklung des deutschen Außenhandels, so betonte kürzlich Reichshandelsdirektor Brinmann in einem grundlegenden Vortrag auf der Unterrichtswoche für Reichsbeamte, ist es abhängig, ob unsere Binnenkonjunktur durchgeführt werden kann. Wir bedürfen der Ausfuhr, um uns durch sie die Devisen für den Bezug der uns notwendigen industriellen und landwirtschaftlichen Rohstoffe zu beschaffen. Mit diesen Rohstoffen wird nicht nur der Inlandsbedarf an Fertigwaren gedeckt, sondern wiederum einer ganzen Reihe Ausfuhrindustrien und damit vielen Millionen deutscher Menschen Beschäftigung gegeben. Gerade von diesem Gesichtspunkt aus ist es erforderlich, die Ausfuhr nach Möglichkeit trotz aller entgegenstehenden Hemmnisse wieder in Gang zu bringen. Zu diesem Zweck ist die sogenannte Ausgleichsklasse für die Industrie geschaffen worden. Zur Zeit der Gedanke zugrunde, einen Teil der hauptsächlich durch staatliche Hilfe und Anregung ermöglichten Gewinne der Binnenmarktindustrien in den Dienst der Ausfuhrförderung zu stellen. Das geschieht in der Weise, daß Industrien, deren Hauptabsatzgebiet der Binnenmarkt darstellt, aus ihren Überschüssen Ausfuhrüberträge für die übrigen Industrien aufbringen, die ihre Erzeugnisse zum großen Teil an das Ausland zu verkaufen pflegen. In der Einrichtung der Ausgleichsklassen kommt wiederum in vorbildlicher Weise das Zusammenstreben eines ganzen Volkes für das gemeinsame Ziel einer gesunden Wirtschaftserneuerung zum Ausdruck. Fraglos sind die Opfer, die von so mancher Industrie zugunsten der Ausfuhr jetzt gebracht werden, groß, aber sie sind notwendig, um dem Ganzen, der Gesamtheit des Volkes zu dienen.

Wenn es trotz aller Bemühungen bisher nicht gelungen ist, die deutsche Ausfuhr in dem gewünschten Maße zu vergrößern, so liegt das nicht an der mangelnden Mürigkeit oder Opferbereitschaft deutscher Wirtschaftskreise, sondern zum größeren Teil an den Hemmnissen, die unserem Export gerade von seiten der früheren Nachbarländer hindernd in den Weg gestellt werden. Die wichtigsten dieser Handelshindernisse sind die Entwertung der Währungen zahlreicher Konkurrenzländer, überhöhte Schutzzölle, allgemeine Einfuhrbeschränkungen durch Kontingente oder gar Einfuhrverbote, der Aufbau eigener Industrien in den Rohstoffländern, die stimmungsmäßige Beeinflussung ausländischer Asteie und Käufer gegen deutsche Waren, die niedrigere Kaufkraft in den Rohstoffländern, die geäußerte Kaufkraft in den Ländern, die eine ausgesprochene Deflationspolitik betreiben, die Berechnungsabkommen und der mangelhafte internationale Kredit- und Finanzapparat.

Gegen einen Teil dieser Hemmnisse sind wir völlig machtlos. Wir können nicht unsere Währung ebenfalls entwerten, um auf diese Weise auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähiger zu werden. Es ist heute eine Blasenwahrheit, daß in dem Augenblick, in dem wir Deutschen von unserer Währung abgeben würden, sofort die übrigen Abwertungsländer, allen voran England und die Vereinigten Staaten, ihre Währung noch weiter abwerten würden, mit um den Vorsprung gegenüber dem deutschen Konkurrenz zu haben. Ähnlich verhält es sich mit den zollmäßig herausgehobenen. Wir können nicht die Zölle beliebig herausheben, da auf diese Weise Preisverteuerungen entstehen würden, die unserer Arbeitsbeschaffungs- politik nachteilig werden müßten.

Um der Ausfuhr die Tür offen zu halten, ist von deutscher Seite immer wieder versucht worden, einmal eine landesweite Preisangleichung an die Ausfuhrerzeugnisse herbeizuführen, und zum anderen sogenannte Kompensations- oder Tauschgeschäfte abzuschließen. Sie werden besonders mit den laustrastarmen Rohstoffländern getätigt, die auf diese Weise in die Lage versetzt werden, von ihrem Überfluß an Rohstoffen abzugeben und dagegen deutsche Fertigwaren einzutauschen.

Das beste Beispiel für unsere Bemühungen um das Zustandekommen eines gesunden Tauschverkehrs ist die Breslauer Südoft-Ausstellung, die vom

## Laval's schwierige Warschauer Aufgabe

Rühle Begrüßung durch die polnische Presse — Paris ohne große Erwartungen

Der französische Außenminister Laval fuhr auf seiner Reise nach Warschau über Berlin. Auf dem Bahnhof Zoologischer Garten sieg der französische Votschafter in Berlin, François-Poncet, in seinen Wagen, um ihn bis nach Frankfurt a. d. O. zu begleiten. Auf dem Schlesischen Bahnhof, wo der Zug einen Aufenthalt von 20 Minuten hatte, waren der russische Votschafter Zurih und Herren der französischen Votschaft zur Begrüßung erschienen. Von deutscher Seite war Legationsrat von Hirtelen, der Leiter der Abteilung Westeuropa des Auswärtigen Amtes, zugegen.

Die polnische Presse widmet Laval ausführliche Begrüßungsartikel, die trotz gewisser Freundlichkeiten mit bemerkenswerter Offenheit den Standpunkt Polens zum französisch-sowjetischen Bündnis darlegen. Alle Blätter veröffentlichen die Meldung über die Abgabe des Empfanges Laval's bei Marshall Piłsudski.

Die halbamtliche „Gazeta Polska“ versichert Laval höflich, daß er in Polen ein immer gern gesehener Gast sei, aber der Vertrag Frankreichs mit Sowjetrußland made Aufklärungen über die politischen Absichten erforderlich. In den Irrtümern der französischen Presse gehöre auch die Auffassung, daß der Vertrag Polens gegen sich habe und zweitens die Richtung der polnischen Außenpolitik ändern könne. Die Annahme der Richtungsänderung, fährt das Blatt fort, entspreche aus dem Unverständnis für die Methoden der polnischen Außenpolitik, die einzig und allein auf ihrer Selbständigkeit beruhe. Deutlicher wird der ebenfalls dem Regierungslager angehörige „Czytelny Poranny“.

Minister Laval werde die Aufgabe haben, die nicht immer gut orientierte öffentliche Meinung Frankreichs zu unterrichten.

Das Blatt hält Laval einen keineswegs erfreulichen Rückblick auf die einzelnen Stappen der französisch-polnischen Beziehungen vor Augen: In den ersten Nachkriegsjahren habe Frankreich Polen als notwendigen Verbündeten behandelt, zugleich aber auch als Leibwächter, der blind den Befehlen zu gehorchen hat. Dann gab es einen Abschnitt, in dem Frankreich in dem Bestreben, sich mit Deutschland zu verständigen, Polen als Hörend empfand und versuchte, die Annäherung an Deutschland auf Kosten Polens zu erreichen. Erst

die Verständigung und Entspannung in den polnisch-deutschen Beziehungen

habe diesen Berechnungen eine Ende gemacht. Aber Frankreich habe sich bisher noch nicht damit ausgesöhnt können, daß Polen nicht Objekt, sondern Subjekt der europäischen Politik und im Ostraum ein maßgebender Faktor ist.

Die französische Presse ist sehr zuversichtlich bezüglich der Aussichten Laval's in Warschau. Selbstverständlich fehlt es nicht an Versuchen, den Polen klarzumachen, wo ihr eigentliches Interesse liege, und daß Frankreich der einzige aufrichtige Freund Polens sei. So versucht der „Figaro“ den Polen klarzumachen, daß

16. bis 19. Mai stattfindet. Das Programm der Ausstellung spielt darin, deutsche Kleinmaschinen und Fertigwaren gegen ausländische Landwirtschaftserzeugnisse und Rohstoffe zu tauschen. Alle in Frage kommenden südoeuropäischen Staaten einschließlich Polens haben diese Anregung mit größtem Interesse angenommen und beteiligen sich an dieser Ausstellung. So kann heute schon gesagt werden, daß gerade diese Tauschmesse neue, kräftige Anregungen für die Verlagerung unserer Rohstoffbezüge aus dem Südoften Europas an Stelle der bisherigen Warenbezüge aus Übersee geben wird. Südosteuropa wird vor allem Landwirtschaftserzeugnisse, Rohstoffe, Erze und Holz, Bulgarien Laval, die Türkei und Rumänien ebenfalls ihre Agrarprodukte zur Ausstellung bringen.

So gut neuerdings die handelspolitischen Verbindungen mit dem Osten und Südoften geknüpft sind, so schwierig gestalten sie sich mit dem Westen. Frankreich macht unseren Ausfuhrindustrien, wie und wo es nur kann, das Leben schwer. Kein Wunder, daß daher der deutsch-französische Warenverkehr nicht nur von Monat zu Monat, sondern von Woche zu Woche zurückgeht. 1930 belief sich das deutsche Geschäft mit Frankreich im Monatsdurchschnitt noch auf 662 Millionen Francs, 1933 waren es 254, 1934 nur noch 185 Millionen und im März dieses Jahres nur noch 138 Millionen. Dieser auffällige Rückgang ist nicht nur wirtschaftspolitisch bedingt, sondern ist, das ist heute ein offenes Geheimnis, zum großen Teil aus politischen Gründen künstlich geschaffen. In Frank-

reich herrscht neuerdings das Bestreben, alle Waren mit ihrem Ursprungsland zu versehen, nicht etwa, um die Ware für sich werben zu lassen, sondern vielmehr, um die deutsche Ware als deutsche zu kennzeichnen und damit möglichst vom Kauf in Zukunft auszuschalten. Selbst die französische Presse reißte sich in den Kampf gegen Deutschland ein, indem sie kürzlich in ihren Zeitungen gegen die in Frankreich tätigen Deutschen, teilweise unter Angabe ihrer Namen und Adressen, reichlich durchsichtige Heftartikel veröffentlichte, die ihren Zweck nicht verfehlten. Auch die Ausfuhrverbote, die für Holz und Textilierzeugnisse, für Aluminium und Zinn, eine Tonermasse, die den Ausgangsstoff für Aluminium darstellt, erlassen wurden und mit Landesbeschützmaßnahmen begründet wurden, entspringen nur der Einstellung, Deutschland Schwierigkeiten zu machen.

Zu diesen handelspolitischen Schwierigkeiten kommen schließlich noch die währungsrechtlichen, die die Ausfuhr erschweren. Die Ungewißheit über die Währungen unterbindet von vornherein den Abschluß größerer Waren-geschäfte. Wie unsicher heute selbst die reichlich durch Gold gedeckten Währungen der Schweiz und Holland sind, geht aus der Tatsache hervor, daß die beiden genannten Länder neuerdings ihre Diskontsätze wieder um ein Prozent erhöht haben, um sich damit gegen die Spekulation zu schützen, die den Währungsstand gefährdet und durch Devisenabzüge Mißtrauen gegen die eigene Währung im eigenen Lande hervorruft.

## Militärpakt Moskau-Prag.

Unterzeichnung demnächst — Ähnlich dem Vertrag Moskau-Paris.

Der sowjetrussische Nachrichtendienst Tass veröffentlicht eine anscheinend von führenden tschechoslowakischen politischen Kreisen beeinflusste Prager Zeitungsmeldung, wonach mit einer baldigen Unterzeichnung des sowjetrussisch-tschechoslowakischen Verteidigungspaktes gerechnet wird. Der Pakt werde dem Vertrag zwischen Frankreich und Sowjetrußland ähnlich sein. Der beabsichtigte tschechoslowakisch-sowjetrussische Pakt werde schon in der nächsten Woche paraphiert werden.

## Englische Falschmeldungen über Äußerungen General Görings.

Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ vom 9. Mai soll General Göring in der vorigen Woche auf einer halböffentlichen Versammlung deutlich zu verstehen gegeben haben, daß Deutschland seiner Zustimmung einen Zweimächtestandard zugrunde zu legen gedanke, d. h. eine Zustimmung zu schaffen, die der gemeinsamen Stärke von je zwei anderen europäischen Staaten gleich sei. Ähnliche Nachrichten bringen andere englische Blätter. Diese Meldungen entsprechen nicht den Tatsachen.

General der Illiger Göring hat weder bei einer halböffentlichen Versammlung in der vorigen Woche noch bei einer anderen Gelegenheit jemals davon gesprochen, daß Deutschland dem Ausbau seiner Reichsluftwaffe einen Zweimächtestandard zugrunde legen wolle. Er hat auch niemals eine Andeutung weder mündlich noch schriftlich in diesem Sinne gemacht, zumal ein derartiger Ausbau der Reichsluftwaffe nicht beabsichtigt ist.

Die Meldung des „Daily Telegraph“ muß daher als freie Erfindung bezeichnet werden.

reich herrscht neuerdings das Bestreben, alle Waren mit ihrem Ursprungsland zu versehen, nicht etwa, um die Ware für sich werben zu lassen, sondern vielmehr, um die deutsche Ware als deutsche zu kennzeichnen und damit möglichst vom Kauf in Zukunft auszuschalten. Selbst die französische Presse reißte sich in den Kampf gegen Deutschland ein, indem sie kürzlich in ihren Zeitungen gegen die in Frankreich tätigen Deutschen, teilweise unter Angabe ihrer Namen und Adressen, reichlich durchsichtige Heftartikel veröffentlichte, die ihren Zweck nicht verfehlten. Auch die Ausfuhrverbote, die für Holz und Textilierzeugnisse, für Aluminium und Zinn, eine Tonermasse, die den Ausgangsstoff für Aluminium darstellt, erlassen wurden und mit Landesbeschützmaßnahmen begründet wurden, entspringen nur der Einstellung, Deutschland Schwierigkeiten zu machen.

Zu diesen handelspolitischen Schwierigkeiten kommen schließlich noch die währungsrechtlichen, die die Ausfuhr erschweren. Die Ungewißheit über die Währungen unterbindet von vornherein den Abschluß größerer Waren-geschäfte. Wie unsicher heute selbst die reichlich durch Gold gedeckten Währungen der Schweiz und Holland sind, geht aus der Tatsache hervor, daß die beiden genannten Länder neuerdings ihre Diskontsätze wieder um ein Prozent erhöht haben, um sich damit gegen die Spekulation zu schützen, die den Währungsstand gefährdet und durch Devisenabzüge Mißtrauen gegen die eigene Währung im eigenen Lande hervorruft.